

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P-XXV/28

Bonn, den 12. Februar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Störenfried Helmut Schmidt?</u> zu den kommunistischen Angriffen auf den Bundesverteidigungsminister	39
2 a	<u>Unser Ziel: Abbau der militärischen Konfrontation</u> Zitate aus Reden und Interviews von Helmut Schmidt	39
2	<u>Schlechter Start</u> Dr. Rathke und die Informationspolitik der Kieler Landesregierung	47
3 - 4	<u>Athener Militärjunta auf der Anklagebank</u> Entschließungsantrag zur Suspendierung im Europaparlament Von Dr. Basil Mathiopoulos	74

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Maßgeschneidert für die Frauen
Elfriede Eilers, MdB: AFG sichert Rechtsanspruch auf berufliche Bildung

Auch Witwen sollen sich selbst versorgen
Dänische Richterin fordert neues Versorgungsrecht

Immer mehr Ehescheidungen in der Bundesrepublik
Zwischen 1960 und 1967 stieg ihre Zahl von weniger als
10 Prozent auf etwas über 13 Prozent

Störenfried Helmut Schmidt?

zu den kommunistischen Angriffen auf den Bundesverteidigungsminister

sp - Es ist immer das alte Lied: Wenn sich Kommunisten unsicher fühlen, versuchen sie Sozialdemokraten als "Rechte" und "Linke" zu kategorisieren. Die rechte Führung verrät die Interessen der linken Mitglieder. Linke Sozialdemokraten wollen eine fortschrittliche Politik, rechte Sozialdemokraten stellen sich ihnen in den Weg.

Seitdem es eine von Sozialdemokraten geführte Bundesregierung gibt, macht man das, wenn auch nicht intelligenter, so doch etwas subtiler. Da gibt es einige sozialdemokratische Minister, die sind fortschrittlich. Man nennt sie nicht mit Namen, um sich nicht festzulegen, dafür wird aber auf anderen sozialdemokratischen Ministern scheinbar herungehackt. Jetzt ist Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt an der Reihe. Er ist angeblich ein Bremser, ein Mann, der sich mit Militaristen und anderen Rückschrittlern verbündet, um zuzuschauern, was die Fortschrittlichen in die Wege leiten.

Man sollte dort, wo solches geschieht, endlich davon Kenntnis nehmen, daß die Politik der Bundesregierung Brandt/Scheel aus einer Linie ist. Sie basiert auf der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 und wird konsequent durchgeführt.

Helmut Schmidt als Zielscheibe eignet sich besonders schlecht für kommunistische Angriffe. Der jetzige Bundesverteidigungsminister hat schon 1966 Gespräche in Prag geführt, als Novotny noch der mächtigste Mann der CSSR war. Auch in Warschau und Moskau hat Helmut Schmidt die Gedanken einer zukünftigen sozialdemokratischen Bundesregierung vorgetragen und hierbei aufmerksame Gesprächspartner gefunden, die sich bestimmt noch gern an die klare und eine Friedenspolitik ansteuernde Argumentation erinnern werden.

Als langjähriger Verteidigungsexperte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat Helmut Schmidt stets die Auffassung vertreten, daß der Friede in Europa sicherer gemacht werden könnte, wenn es möglich wäre, in Ost und West zu gleicher Zeit gleichwertige Rüstungsvermindierungen vorzunehmen.

Diejenigen, die ihn jetzt in ihren Publikationen einer Bremserfunktion verdächtigen, sollten sich in die Lektüre der zahlreichen Schriften vertiefen, die Helmut Schmidt gerade zu diesem Thema verfaßt hat. Sie würden ohne Mühe feststellen können, daß sich ihre Angriffe gegen einen Mann richten, der zwar sehr realistisch die gegenwärtige Situation in Europa beurteilt, aber immer bereit war und auch ist, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um die Spannungen zwischen Ost und West zu vermindern.

Unser Ziel: Abbau der militärischen Konfrontation

Zitate aus Reden und Interviews von Helmut Schmidt

"Welche der beiden Seiten der Sicherheitspolitik wir auch betrachten, ob es sich handelt um unseren ersten und nachhaltigen Versuch zur gleichzeitigen und gleichwertigen Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle oder um die Gewährleistung ausreichender Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland, unter beiden Aspekten begreift die Bundesregierung ihre Sicherheitspolitik als eine Politik des Gleichgewichts und der Friedenssicherung".

In der Aussprache zur Regierungserklärung, 29.10.69 im Deutschen Bundestag.

"Es kommt darauf an, in der vor uns liegenden Ära des Manovrierens das zur Kriegsverhinderung militärisch Notwendige zu tun, ohne das zur Friedenssicherung politisch Mögliche zu unterlassen".

Vortrag vor WEU-Versammlung in Paris, 10.12.69.

"Die NATO muß sich ständig so an die wechselnden Umstände anpassen, daß ihre beiden Hauptaufgaben im Gleichgewicht bleiben: Abschreckung und Entspannung..."

...Die Bundesregierung strebt konsequent, gemeinsam mit ihren Verbündeten den A b b a u der militärischen Konfrontation in Europa an".

"Die Bundesregierung setzt in und gegenüber der NATO ihre bisherige Politik fort, deren D e f e n s i v p r i n z i p sie unterstreicht".

Interview mit Alfred Schröder, "The Telegram", Toronto, Februar 70.

"Wir begreifen die Leistung eines angemessenen Verteidigungsbeitrages und das Bestreben nach Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle als zwei sich ergänzende Aspekte unserer Sicherheitspolitik..."

Zu SALT: "Es liegt im Interesse aller, daß die Stabilität auf strategischer Ebene gewahrt bleibt; aber angesichts der ungehauerten inneren und sozialen Belastungen, die alle Länder in Zukunft auf sich nehmen müssen, hoffen wir aufrichtig, daß das strategische Gleichgewicht mit einem geringeren Kostenaufwand gewährleistet werden kann".

Rede in Brüssel, 3.12.69 (Ministerratssitzung des DPC).

"Tatsächlich bedarf die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa der Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichtes. Das heißt unter anderem: Die sowjetischen Truppen in Mitteleuropa bedürfen eines amerikanischen Gegengewichtes an Ort und Stelle; sie beiderseitig und gleichwertig zu verringern, wäre prinzipiell gut - sie einseitig auf amerikanischer Seite zu verringern, wäre leichtsinnig".

Interview mit J. Kannicht, Stuttgarter Nachrichten, 30.12.69.

Schlechter Start

Dr. Rathke und die Informationspolitik der Kieler Landesregierung

re. - Die Frage der objektiven und fairen Nachrichtengebung durch die Massenmedien in der Bundesrepublik liegt in der Luft. Voraussetzung dafür ist natürlich, daß Informationen an der Quelle korrekt gegeben werden. In dieser Hinsicht hat der langjährige CDU-Sprecher Dr. Arthur Rathke, der als Staatssekretär für Presse und Information bei der Kieler Landesregierung aufrückte, einen schlechten Start gehabt. Man mög ihm zunächst zugute halten, daß er es noch lernen muß. Folgende Fakten liegen vor:

An eine Presse-Agentur und eine der Kieler Regierung nächstehende Tageszeitung wurde die Mitteilung gegeben, zu der von der Bundesregierung geplanten Reform des Demonstrationsstrafrechts habe die Kieler Landesregierung den Entwurf der Opposition im Bundestag nachdrücklich unterstützt. - Das heißt nichts anderes, als daß die Kieler Regierung hinter der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag steht, die gegen die Reform des Bundeskabinetts aus SPD und FDP opponiert.

In Kiel aber existiert eine Koalition aus CDU und FDP. So sah sich denn der neue FDP-Landesvorsitzende Ronneburger veranlaßt, dem CDU-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten in Kiel, Dr. Lemke, einen Brief zu schreiben. Der Inhalt: Die schleswig-holsteinische CDU möge bei Regierungsäußerungen auf ihren Koalitionspartner Rücksicht nehmen. Die Freien Demokraten säßen in der Landesregierung. Die Vorstellungen der CDU über das Demonstrationsstrafrecht dienten nicht dazu, eine freiheitlich rechtsstaatliche Gesinnung in unserer Gesellschaft zu fördern.

Zusammenfassend forderte die FDP von der CDU im Kieler Kabinett, "daß es nicht Sinn einer von uns mitgetragenen Landesregierung sein könne, im Bundesrat durchgehend als Opposition gegen die neue SPD/FDP-Bundesregierung aufzutreten". - Damit ist die Forderung der FDP verdeutlicht, der neue Staatssekretär Rathke möge der Öffentlichkeit korrekt sagen, wie die Entscheidungen im Koalitionskabinett in Kiel gefallen sind. Er möge sein Amt nicht dazu benutzen, einseitig für die CDU zu werben.

Was denn die Pressestelle von Rathke als Meinung des Kabinetts herausgab, mußte er nach dem Vorstoß der FDP auf eine CDU-Angelegenheit reduzieren: Bei der Äußerung der Regierung habe es sich "um eine grundsätzliche Stellungnahme zur Tendenz der CDU/CSU" gehandelt. Der Beschluß der Landesregierung über diese Stellungnahme sei "mit Mehrheit" gefaßt worden. Eine Festlegung über die Haltung der Kieler Regierung im Bundesrat sei noch nicht erfolgt.

Staatssekretär Rathke hätte in Kiel somit von vornherein der Öffentlichkeit fair und der Wahrheit entsprechend sagen müssen, daß der FDP-Finanzminister Quaren nicht die Auffassung der CDU teilt. Im Kabinett ist die Marschroute für den Deutschen Bundesrat nicht festgelegt worden.

Sicher ist das nur ein kleines Beispiel im Mosaik. Sicher beweist es aber auch, wie in deutschen Landen vom großen Koalitionspartner CDU der kleine Partner FDP untergepflegt wird.

Athener Militärjunta auf der Anklagebank

Entschließungsantrag zur Suspendierung im Europaparlament

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Bereits am 7. Mai 1969 hatte das Europäische Parlament die griechische Militärjunta in einer Entschließung verurteilt und aufgefordert, den verkündeten Ausnahmezustand aufzuheben, keine Gewaltmaßnahmen mehr durchzusetzen und sofort Parlamentswahlen mit Garantien für allgemeines Stimmrecht, Koalitionsrecht und Redefreiheit auszuschreiben. Anderenfalls werde das Europäische Parlament das Assoziierungsabkommen Griechenlands mit der EWG revidieren oder aussetzen.

Obwohl dieser Beschluß für den Vertragspartner Athen bindend war, wurde er von den Machthabern bis heute ignoriert. Folgerichtig hat sich das Europäische Parlament Anfang Februar erneut mit der Situation in Griechenland und den griechischen Beziehungen zur EWG beschäftigt. Eine mündliche Anfrage mit folgender Debatte und ein Entschließungsantrag, der vor allem auf Betreiben der deutschen und belgischen Sozialdemokraten zustandekam, machten deutlich, daß Athen in den nächsten Monaten mit der Aussetzung des Assoziierungsabkommens rechnen muß. Vertreter aller Fraktionen sprachen in der Debatte. Der belgische Abgeordnete Glinne - zugleich Vorsitzender der Assoziierungskommission mit Griechenland - verlangte mit dem Hinweis auf die Entschließung des letzten Jahres die Aussetzung des Vertrages, bis sich die Situation in Griechenland grundlegend wandelt. Er widersprach Befürchtungen, die die Nachteile eines solchen Schrittes in düsteren Farben malen. Griechenlands Öffnungsversuch nach Osten sei der Beweis dafür, daß bilaterale Handelsbeziehungen in jedem Fall bestehen könnten.

Bis auf den liberalen italienischen Abgeordneten Romeo sprachen sich alle Parlamentarier für eine Aussetzung des Vertrages aus. Zum ersten Male trat sogar ein gaullistischer Vertreter, der Abgeordnete Triboulet, ohne Einschränkungen für die Suspendierung ein und sorgte so für die Überraschung des Tages. Als Vertreter des Ministerrates sprach der amtierende Präsident, der belgische Außenminister **W a r m e l**. Er betonte, die Verhältnisse in Griechenland verhindern jeden Ausbau des Vertrages und jede weitere Zusammenarbeit. Jedes Assoziierungsabkommen ist von eminent politischer Bedeutung, das den Beitritt zu der Gemeinschaft ermöglicht. In den letzten Monaten hat man sich nach Auskunft Harmels auf die Verwaltung des noch bestehenden Abkommens beschränkt. Auf Ministeriebene fanden keine Tagungen des Assoziierungsrates statt, die Botschaftersitzungen wurden

auf ein Minimum reduziert und der gemischte, parlamentarische Ausschuß konnte nicht mehr zusammentreten, da es in Griechenland kein frei gewähltes Parlament gibt. Harmel bekräftigte noch einmal, daß es solange keine fortschreitende Entwicklung des Abkommens geben werde, solange die demokratischen Freiheiten in Griechenland noch nicht wieder ihre volle Geltung erhalten hätten.

Am 5. Februar wurde der Entschließungsantrag mit Zustimmung der christlich-demokratischen Fraktion an den politischen Ausschuß und die Assoziierungskommission überwiesen. Nach einer endgültigen Stellungnahme dieser Gremien wird sich das Europäische Parlament erneut am 9. März mit diesen Problemen beschäftigen. Ergibt sich dann eine Mehrheit für die Aussetzung des griechischen Assoziierungsabkommens mit der EWG, dann muß das höchste Exekutivorgan der Gemeinschaften darüber entscheiden. Ihm gehören die Außenminister der sechs Länder an.

Der Entschließungsantrag stellt u.a. fest: Während der Assoziierungsvertrag die gemeinsame Verpflichtung enthält, die Freiheit zu garantieren, hat die Athener Regierung bis jetzt noch keine Maßnahmen im Sinne dieser Verpflichtung verwirklicht. Dem griechischen Volk sind die demokratischen, freiheitlichen und souveränen Rechte noch immer vorenthalten. Die Militärjunta hat die Konvention der Menschenrechte aufgekündigt, obwohl diese das hervorragendste Element der Römischen Verträge und aller Assoziierungsabkommen ist. Deshalb empfiehlt das Europäische Parlament, den Vertrag mit Griechenland vollständig bis zu dem Termin **a u s z u - s e t z e n**, an dem in Griechenland freie, demokratische Wahlen stattgefunden haben.

Die griechischen Exilpolitiker, die an der Sitzung des Europaparlaments als Beobachter teilgenommen hatten, dankten den europäischen Vertretern für ihre Solidarität mit dem griechischen Volk. Sie wiesen darauf hin, daß die demokratischen Regierungen in Griechenland sich jahrelang bemüht hätten, ihr Land den westlichen Gemeinschaften anzunähern und einzugliedern. Das Erreichte zerstören nun die Athener Machthaber. Sie versuchen, den Westen zu erpressen, sich dem Osten anzubiedern und bilden so eine ständig wachsende Gefahr innerhalb der westlichen Gemeinschaft.